

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18. September 2006

Mit verschiedenen kleineren Entscheidungen sowie etlichen Bekanntgaben eröffnete Bürgermeister Schellenberg die erste Sitzung nach der Sommerpause und konnte zu dieser öffentlichen Beratung und insbesondere zum ersten Tagungsordnungspunkt auch den Landschaftsarchitekten Achim Ketterer und Fronmeister Hayler begrüßen. Die Öffentlichkeit repräsentierte lediglich Herr Sauter von der Tagespresse. Gemeinderätin Regina Epple und die Gemeinderäte Christoph Gruler und Harald Schmid waren entschuldigt.

1. Anlegung und Gestaltung eines neuen Reihengrabfeldes auf dem Friedhof

Nachdem im derzeitigen Reihengrabfeld östlich des Hauptweges alle Grabstätten belegt sind, wurden auf der gegenüberliegenden Seite westlich des Hauptweges bereits wieder die ersten neuen Reihengräber angelegt. Die Planung für dieses neue Reihengrabfeld wurde im Gemeinderat bereits im September letzten Jahres vorgestellt und dort so auch akzeptiert und dessen Konzeption und Neueinteilung zugestimmt.

Vorgesehen war, diese Neueinteilung im Laufe dieses Jahres Zug um Zug umzusetzen. Hierfür wurden im Haushaltsplan deshalb 26.000 € eingestell. Nach exakter Vermessung der Fläche und einer näheren Detailplanung wurde von Landschaftsplaner Ketterer noch kleinere Änderungen in die Konzeption eingearbeitet, die dem Gemeinderat nun vorgestellt und von diesem auch einhellig akzeptiert wurden. So soll abweichend von früheren Plan jetzt unter dem bestehenden großen Ahorn eine großzügigere Rasenfläche freigehalten und so zu einem etwas mehr Freiraum geschaffen, zum anderen aber auch die Zentralität dieses mächtigen Baumes unterstrichen werden. Zudem konnten zwei Wege herausgenommen und dadurch die Einteilung weiter aufgelockert werden. Weiterer positiver Effekt dieser geringfügigen Umplanung ist, dass dadurch 10 zusätzlichen Grabstellen geschaffen werden konnten.

Die räumliche Gliederung der einzelnen Grabfelder erfolgt durch Heckenriegel und untergeordnete Wege. So kann dieses neue Grabfeld, ohne die noch bestehenden Gräber zu beeinträchtigen, abschnittsweise belegt und kleinere Bereiche schneller abgeschlossen und mit Grabzwischenwegen angelegt werden.

Zuvor machte sich der Gemeinderat aber auf dem Friedhof an Ort und Stelle nochmals ein Bild von der Situation und besichtigte dort auch verschiedene Bemusterungsflächen, wie und mit welchem Material die neuen Wege künftig gestaltet werden sollen. Dabei war sich das Gremium darüber einig, wegen der längerfristigen Dauerhaftigkeit des Materials für die neuen Wege ein Natursteinpflaster zu verwenden. Noch nicht definitiv entschieden wollte man sich jedoch über Stein und Farbe. Hier wurde ein dunkelblauer/grauer Kristallmarmor und ein roter Granit in die engere Auswahl genommen. Um jedoch zusammen mit den Grabzwischenwegen in Maggia-Granit einen besseren Gesamteindruck zu erhalten, sollen diese beiden Steinarten zunächst und möglichst auch in unterschiedlichen Größen noch einmal in einer größeren Fläche vor Ort ausgelegt werden. In der nächsten Sitzung könnte dann die Materialwahl getroffen werden. Die Wegearbeiten sollen dann vom Bauhof in Eigenregie möglichst noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Der Materialaufwand für die Steine wird sich je nach Auswahl zwischen 2.000 € und 4.000 € bewegen.

2. Konzessionsvertrag Strom - Ergebnis der Ausschreibung und weiteres Vorgehen

Der bisherigen Stromkonzessionsvertrag mit der EnBW läuft zum 31. 12. 2008 aus. Bereits in seiner Sitzung am 24.04.2006 hat sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befasst und das weitere Vorgehen festgelegt. Mittlerweile wurde das entsprechende förmliche Verfahren durchgeführt. Durch eine öffentliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger wurden qualifizierte Energieversorgungsunternehmen aufgefordert, ihr Interesse am Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages mit der Gemeinde Wurmlingen bis zum 10.08.2006 zu bekunden.

Auf diese Ausschreibung haben die EnBW als bisherige Inhaberin und Betreiberin des vorhandenen Versorgungsnetzes sowie die Stadtwerke Tuttlingen GmbH Interesse an einem neuem Konzessionsvertrag gezeigt.

Vom Gemeinderat wurde diese Bekanntgabe des Bürgermeisters nun zunächst zur Kenntnis genommen und zugestimmt, mit diesen beiden Interessenten im nächsten halben Jahr, so die gesetzliche Frist, entsprechende Gespräche zu führen und konkrete Angebote für einen Stromkonzessionsvertrag einzuholen. Um seitens der Gemeinde dabei auch deren zukünftigen Absicht besser beurteilen zu können, sollen sie beiden Anbieter zudem ein Gutachten und Konzept hinsichtlich des künftigen Netzausbaus bzw. des Netzbetriebes für die Zukunft vorlegen. Nach Ablauf dieser Frist kann und wird der Gemeinderat dann über diese konkreten Vertragsangebote und Konzepte entscheiden.

Einstimmig wurde von Gemeinderat dieses weitere Vorgehen befürwortet und mitgetragen und die Verwaltung beauftragt, die beiden Interessenten entsprechend zu unterrichten und zu informieren.

3. Musikschule Tuttlingen – Außenstelle Wurmlingen - Abmangelbeteiligung für das Jahr 2005

Die Abrechnung für das Jahr 2005 wurde zwischenzeitlich durch die Musikschule Tuttlingen fertig gestellt und den jeweiligen Zweigstellengemeinden übersandt. Der berechnete Abmangel für die Zweigstelle Wurmlingen beläuft sich für das Rechnungsjahr 2005 auf insgesamt 20.266,63 €. Der Abmangelbetrag ist damit vom Jahr 2003 mit 16.021,01 € und 19.294,26 € im Jahr 2004 nun nochmals auf 20.266,63 € gestiegen.

Dies stellt die letzte Abrechnung der Musikschule, Zweigstelle Wurmlingen, nach der bisherigen Entgeltstruktur dar. Zum Jahr 2006 wurde die Neustrukturierung der Unterrichtsentgelte vorgenommen um eine zeitnahe Bezuschussung und damit verbunden eine zeitnahe Einflussnahme der Zweigstellengemeinden auf die Zuschusshöhe zu erreichen. Andererseits wurde mit der neuen Entgeltstruktur eine Förderung je Person und nicht mehr in Abhängigkeit zu der jeweiligen Unterrichtseinheit, d.h. Einzelunterricht oder Gruppenunterricht, realisiert. Der Zuschussbetrag für das Sommersemester 2006 wurde bereits von der Musikschule Tuttlingen berechnet und mit 7.115,00 € in Rechnung gestellt. Neben der neuen Entgeltstruktur ist dabei aber sicherlich auch die Verbreiterung der Angebotstruktur insbesondere im Bereich der musikalischen Früherziehung und die Integration der Musikschule von Herrn Zepf zu berücksichtigen.

Der Anstieg der Abmangelbeteiligung im Jahr 2005 ist im Wesentlichen auf eine gestiegene Schülerzahl zurückzuführen. Lag die durchschnittliche Schülerzahl im Jahr 2003 bei 67,67 Schüler/ Schülerinnen, so ist diese Zahl im Jahr 2004 auf 70,17 Schüler/ Schülerinnen angestiegen. Die Abrechnung des Jahres 2005 hat eine durchschnittliche

Schülerzahl von rund 79,5 Schüler zur Grundlage. Die Außenstelle Wurmlingen stellt damit die größte Zweistelle der Musikschule Tuttlingen dar. Insgesamt haben 22,25 % der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler der Außenstellen der Musikschule Tuttlingen ihren Wohnsitz in der Gemeinde Wurmlingen.

Der Einzelunterricht mit 30 min. war wiederum der Schwerpunkt des Unterrichts. Im Jahr 2005 besuchten 34 bzw. 35 Schülerinnen und Schüler einen Einzelunterricht. Auf diesen 30 minütigen Einzelunterricht entfallen Gesamtabmangelkosten von 12.190,24 €. Auch der 2er-Gruppenunterricht stieg im Vergleich zum Vorjahr an. Die Anzahl der Gruppen betrug zum Beginn des Jahres 2005 noch 9,5 Gruppen und zum Ende des Jahres 11 Gruppen. Der Abmangelbetrag des Jahres 2005 bezogen auf die 2er-Gruppe 45 min. beläuft sich auf eine Summe von 6.448,15 €. Bereits an diesen beiden Zahlen lässt sich erkennen, dass schon dadurch bedingt eine Änderung der Entgeltstruktur durchaus berechtigt war.

Abschlagszahlungen wurden bisher in Höhe von 13.233,39 € geleistet, so dass noch ein Restbetrag in Höhe von 7.033,24 € an die Stadt Tuttlingen bzw. die Musikschule zu leisten ist. Der Haushaltsansatz lag bei 16.000,00 € und damit um 4.266,63 € zu niedrig.

In seiner kurzen Beratung nahm der Gemeinderat diese Abrechnung zu Kenntnis. Er zeigte sich dabei einerseits erfreut, dass das Angebot der Wurmlinger Außenstelle so gut angenommen wird. Gleichzeitig wurde aber auch unterstrichen und gehofft, dass sich die Änderung der Entgeltstruktur ab dem Jahr 2006 dann auch für die Gemeinde in geringen Abmangelbeträgen ausdrückt. Im übrigen wurde die Abrechnung akzeptiert und der sich ergebenden überplanmäßigen Ausgabe zugestimmt.

4. Kommunale Jugendarbeit - Stellenausschreibung/Sachstandsbericht

Noch unmittelbar vor der letzten Gemeinderatssitzung und der Sommerpause am 31.07.2006 hat die bisherige Jugendreferentin, Frau Martina Klausmann, auf Grund anderer beruflicher Perspektiven die Kündigung bei der Gemeinde eingereicht. Auf Grund dieser kurzfristigen Kündigung war es vor der Sommerpause nicht mehr möglich, die Stellenausschreibung und weitere organisatorischen Fragen im Gremium zu beraten. Um die lange Sommerpause jedoch zu nutzen wurde in Abstimmung mit dem Kreisjugendreferat von der Verwaltung eine entsprechende Stellenausschreibung vorbereitet und auch veranlasst. Der Bewerbungsschluss wurde bedingt durch die Urlaubsphase auf den 25.09.2006 festgelegt. Bisher sind fünf Bewerbungen eingegangen. Je nach Bewerberfeld soll eine Stellenbesetzung zum 01.11. oder 01.12.2006 angestrebt werden.

Verständlich und nachvollziehbar ist, dass Inhaber dieser Stelle bei einem nur 50 % Beschäftigungsverhältnis auch künftig wohl die Chance und Möglichkeit einer Ganztagsbeschäftigung ergreifen werden. Für die Stelle einer Jugendreferentin bei der Gemeinde Wurmlingen besteht auf Grund dieses 50 % Beschäftigungsverhältnisses deshalb auch weiterhin immer das Risiko einer eher kurzzeitigen Beschäftigungsdauer und weniger einer kontinuierlich und längerfristigen Stellenbesetzung.

Abzuwarten bleibt nun, ob sich nach Ablauf der Bewerbungsfrist und nach einer anschließenden Vorstellungsgesprächen einen geeigneten Bewerber/in findet und die Stelle mit den „eigenen Personal“ wieder besetzt werden kann. Grundsätzlich bestünde

darüber hinaus auch die Möglichkeit, in einer Art „Personalleihe“ in Kooperation mit einem freien Träger, z.B. mit Mutpol in Tuttlingen, die Stelle wieder zu besetzen. Erste Priorität, so die Auffassung des Gemeinderates, sollte jedoch eine eigene und direkte Stellenbesetzung haben.

5. Grundwasserdatenbank der Wasserversorgung Wurmlingen - Ergebnisse der Beprobung 2005

Seit dem Jahr 2003 werden die Daten der Wurmlinger Wasserquellen an die Grundwasserdatenbank Wasserversorgung in Stuttgart weitergeleitet und von dort ausgewertet. Die Grundwasserdatenbank dient als Grundlage für landesweite Auswertungen. In den Jahren des Bestehens hat sie sich zu einem wichtigen Instrument des vorbeugenden Gewässerschutzes bei der Überwachung und der Beschreibung der Qualität des in Baden-Württemberg für die Trinkwasserversorgung genutzten Grund- und Quellwassers entwickelt. Die Grundwasserdatenbank enthält mittlerweile Grundwasserbeschaffenhheitsdaten mit über 17.000 Grundwasseranalysen. Mit diesen langjährigen Zeitreihen liegen zuverlässige, immissionsorientierte Trendanalysen vor, die zum Beispiel eine Überprüfung der Wirksamkeit der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung ermöglichen. Insbesondere die Rohwasserbeschaffenheit unter dem Blickwinkel der Nitrat und Pflanzenschutzbelastung sind auch für die Gemeinde Wurmlingen wichtige Parameter.

Zwischenzeitlich liegen die Ergebnisse der Wasserversorgung Wurmlingen des Jahres 2005 vor, die dem Gemeinderat kurz präsentiert wurden. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Qualität der Wurmlinger Quellen als sehr gut bezeichnet werden kann. Sämtliche Werte liegen deutlich unterhalb der Grenz- bzw. Warnwerte. Der Nitratwert wurde mit 7,1 mg/l gemessen und liegt deutlich unter dem Grenzwert mit 50 mg/l.

Wer sich für nähere Einzelheiten der Analyse interessiert, kann diese gerne auf dem Bürgermeisteramt erfahren.

6. Antrag der Direkthilfe, Projekte für Menschen e.V. auf kostenlose Überlassung der Schloß-Halle

Zusammen mit Herr Lang von der Musikschule Tuttlingen hat die Direkthilfe am 10.11.2006 ein Percussion-Konzert als Benefizveranstaltung geplant. Der Erlös dieser Veranstaltung wird von der Direkthilfe für das Projekt „Palliative Care für Kinder“ eingesetzt, die unheilbar kranke Kinder fördert und unterstützt.

Einstimmig und ohne lange Diskussion ist der Gemeinderat deshalb der Bitte der Direkthilfe nachgekommen und stellte dem Verein die Schloß-Halle für diese Benefizveranstaltung kostenlos zur Verfügung

7. Stellungnahme zu Baugesuchen

Nachfolgende Baugesuche lagen dem Gemeinderat zur Stellungnahme vor, denn teilweise noch unter dem Vorbehalt einer Abstimmung mit den Nachbarn, auch jeweils einstimmig das Einvernehmen der Gemeinde erteilt wurde:

- Überdachung der bestehenden Terrasse auf dem Grundstück Forststraße 10

- Abbruch der bestehenden Garagen und Errichtung einer Doppelfertigarage mit Abstellraum auf dem Grundstück Untere Hauptstraße 44
- Neubau einer Garage auf dem Grundstück Kapfstraße 50
- Neubau eines Bürogebäudes mit Lagerhalle im neuen Gewerbegebiet „Fürselben“ auf dem Grundstück Daimlerstr. 9

In diesem Zusammenhang gab Bürgermeister Schellenberg den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss bekannt, dass im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben nunmehr auch das letzte Grundstück im Gewerbegebiet „Fürselben“ verkauft worden ist. Er zeigte sich erfreut, dass die noch nicht einmal seit einem Jahr erschlossenen Flächen im neuen Gewerbegebiet „Fürselben“ nun allesamt verkauft und bis zum Jahresende wohl auch durchweg bebaut sind. Dabei wertete er aber nicht nur den Umstand der schnellen Vermarktung für die Gemeinde sehr positiv, sondern insbesondere deren nachhaltige wichtige positive Auswirkungen auf die örtliche Struktur und Konjunktur, was die Gemeinde durch einen weiten interessanten Branchenmix sicherlich weiter stärke.

8. Sanierung der Schloß-Halle – II. Bauabschnitt

Kurz und aktuell informierte Bürgermeister Schellenberg den Gemeinderat in Sachen Modernisierung und Erweiterung der Schloß-Halle. Mit Freude wurde dabei zur Kenntnis genommen, dass für diese Maßnahme mittlerweile ein positiver Zuschussbescheid aus dem Förderprogramm Klimaschutz Plus über 15.100 € eingegangen ist. Weniger erfreulich, jedoch auch nicht ganz überraschend ist hingegen die Ablehnung des Antrages einer Bezuschussung aus Mitteln der Sportstättenförderung. Wie schon kurz nach Antragstellung bekannt, war dieses Programm um mehr als das 3 ½ fache überzeichnet.

Zum Baufortschnitt zeigte sich der Bürgermeister insgesamt noch zufrieden. Zwar hätten sich im Bereich der Küche leichte Verzögerungen ergeben, dennoch könne diese aber bis zur nächsten geplanten Veranstaltung am 30.09. in Betrieb gehen. Ansonsten seien die Maurer dabei, die Hauptdecke zu betonieren. Für die nächsten Tage seien die Dachabdichtungen vorgesehen und bis in 2 Wochen soll am kleinen Saal aufgerichtet werden.

Kurz gab der Bürgermeister dem Gremium schließlich noch eine kleine Änderung bei den in diesem Jahr noch anstehenden Gemeinderatsterminen bekannt.

9. Anfragen

Zum Schluss der Sitzung gaben sich aus den Reihen des Gemeinderates noch einige kleinere Anfragen und Hinweise.

So wurde wegen der Beschädigungen am neuen Kreisverkehr der B 14 nachgefragt und vom Bürgermeister angemerkt, dass diese von einem Unfall herrühren. Der Unfallverursacher habe sich jedoch gemeldet und die Reparaturarbeiten seien bereits beauftragt.

Eine Nachfrage galt der Straßenbeleuchtung in der Unteren Hauptstraße. Vom

Ortseingang aus Richtung Tuttlingen bis zur Daimlerstraße sei es die letzten Tage „stockdunkel“, so der Hinweis. Dies wurde vom Bürgermeister bestätigt. Ein Schaden sei für diesen Ausfall in der Unteren Hauptstraße und auch der Schloßstraße sei hierfür vermutlich der Grund. Bauhof und Elektriker seien bereits auf Fehler- und Ursachensuche. Mittlerweile ist der Schaden behoben.

Kurz hingewiesen wurde von Bürgermeister Schellenberg in diesem Zusammenhang auch auf eine notwendige Reparatur einer der Pumpen im Tiefbrunnen. Die erst im Frühjahr eingesetzte neue Pumpe sei wegen eines Defekts leider schon ausgefallen und habe noch in den Handwerkerferien ausgebaut werden müssen. Mittlerweile von der Herstellerfirma im Rahmen der Gewährleistung wieder repariert, wurde diese Pumpe vom Bauhof am Dienstag wieder eingebaut.

Ein weiterer Hinweis galt dem recht hohen Bewuchs auf den Pflanzbeeten an der Einmündung Schillerstraße/Eisenbahnstraße. Um hier die Sichtverhältnisse zu verbessern wurde die Bitte gerne aufgenommen und an den Bauhof weitergegeben, diese Bepflanzung zurück zu schneiden.

Schließlich war noch der Einsatz des „Security“ Personals auf dem Dorffest kurz diskutiertes Thema. Dabei aber weniger die Tatsache, dass sich deren Anwesenheit und in ersten Linie präventiver Einsatz als auch eine gewisse Sicherheit für die veranstaltenden Vereine durchaus bewährt hat als vielmehr der Umstand, dass die örtlichen Vereine hier für einen solchen Ordnungsdienst sorgen und diesen selbst bezahlen müssten obwohl eine gewisse Präsenz bei solchen Veranstaltungen doch eigentlich eher Sache der Polizei sein müsste. Erst recht auf dem Hintergrund, dass z.B. bei Großveranstaltungen wie Bundesligaspielen usw. jeweils ein Großaufgebot an Polizisten aufgeboten werde und die Kosten hierfür nicht der veranstaltende Verein sondern in der Regel der Steuerzahler zu tragen habe.

Hierzu stellte der Bürgermeister allerdings fest, dass die Polizei durchaus präsent gewesen sei, jedoch immer wieder auch anderweitig im Einsatz und gebunden gewesen sei und dies bei der Anzahl der verschiedensten Feste in Umkreis personell auch gar nicht leisten könne. Zudem stünden für Ordnungsdienste ganz eindeutig die Veranstalter in der Pflicht. Um hier zu einem ruhigen und friedlichen Fest beizutragen, sei deshalb auch ein gewisser finanzieller Aufwand für solche „Securitys“ gerechtfertigt und auch gut eingesetzt.

Nach gut 2 Stunden konnte Bürgermeister Schellenberg die öffentliche Sitzung schließen und noch zu einer kurzen nichtöffentlichen Beratung überleiten.